



HINTERGRUNDBERICHT

Der deutsche Fußball und sein Gewaltproblem

Fortsetzung aus der DEUTSCHEN POLIZEI – Landesjournal
 Mecklenburg-Vorpommern – Ausgabe 2/2012

Die Hilfslosigkeit der Vereine

Die Vereine sind derzeit die Leittragenden der Situation. Häufige Strafzahlungen an den DFB, Teilausschlüsse von Zuschauern, Geisterspiele sowie der Rückzug von Sponsoren sind die Folge. Einige Vereine werden damit in ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit erheblich beeinträchtigt.



Viele Vereine haben sich mit ihren Entscheidungen im Umgang mit den Ultras in den vergangenen Jahren selbst in diese Situation hereinmanövriert. Die immer größeren Zugeständnisse an die Ultraszene haben wie ein Katalysator gewirkt und eine Situation geschaffen, wo die Durchführbarkeit von Fußballspielen ernsthaft diskutiert werden muss. Da ist es nicht zielführend, dass Vereine von einem gesamtgesellschaftlichen Problem sprechen und die Verantwortung auf möglichst viele (andere) verteilen wollen.

Der Anfang einer Lösung beginnt bei den Vereinen. Sie müssen sich konsequent von dem gewaltbereiten Teil der Ultras distanzieren. Dazu gehört auch, Maßnahmen gegen die gesamte Ultraszene anzudrohen und auch zu vollziehen, wenn sie sich nicht von den Gewalttätern trennt. Die Situation ist derart gefährlich,

dass häufig nur noch konsequentes Vorgehen gegen die gewaltbereite Szene zur Lösung führt.

Es sollte darüber nachgedacht werden, ob die Vereinsstrukturen aufgrund der brisanten Situation noch zeitgemäß sind. Ein durch die Mitgliederversammlung zu wählender Aufsichtsrat ist eine Schwachstelle, wenn man bedenkt, dass die Mitgliederversammlung durch die zahlreichen Mitglieder der Ultraszene dominiert werden kann.

Auf dem Weg zur Zurückdrängung der gewaltbereiten Ultraszene benötigen die Vereine eine breite öffentliche Unterstützung. Wenn ein Verein beginnt die Privilegien der Ultras zu beschneiden, ist damit zu rechnen, dass seine Repräsentanten zeitnah Rücktrittsforderungen ausgesetzt sind. Diese werden über die Ultrakurve, aber auch über die Medien kommuniziert. Auch persönliche Angriffe auf Vereinsvertreter und deren Eigentum sind einzukalkulieren.

Um diesen Druck zu minimieren, ist ein breites öffentliches Bündnis erforderlich. Nur wenn sich bei allen Beteiligten die Erkenntnis durchsetzt, dass die Ultrasbewegung auch für andere Bereiche der Gesellschaft gefährlich ist, kann dieses Bündnis zustande kommen.

Auch die Fanarbeit der Vereine ist einer Analyse zu unterziehen. Häufig ist diese schon zu sehr auf den Bereich der Ultras fokussiert. Die „normalen“ Fans werden häufig in den Hintergrund gedrängt. Aber nach wie vor bilden die „normalen“ Fans außerhalb der Ultraszene den größten Teil der Anhänger eines Vereines.

Die Berufung von Fanbeauftragten aus der Ultraszene eines Vereins sind Organisationsentscheidungen, die schnellstmöglich revidiert werden müssen. Es ist nicht möglich, Maßnahmen gegen gewaltbereite Ultras durchzuführen, wenn der Fanbeauftragte in der Ultraszene tief verwurzelt ist. Eine derartige Konstellation ist keinem Partner des Vereins zuzumuten.



Dem Verein muss klar sein: gewaltbereite Ultras können nicht in die herkömmliche Fanarbeit integriert werden. Sie verfolgen ihre eigenen Ziele, die zum Teil den Vereinszielen entgegenstehen. Das Ziel einer neuausgerichteten Fanarbeit sollte die Zurückdrängung des Einflusses der Ultras sein.

Diese Fanarbeit sollte durch Personen geleistet werden, die eine sozialpädagogische Ausbildung vorweisen können. Des



Weiteren sind diese Fanbetreuer intensiv über die Ultraszene aufzuklären und fortzubilden. Wünschenswert wäre es, wenn ehemalige Spieler des Vereins in die Fanarbeit integriert werden. Auch diese sind im Vorfeld intensiv zu beschulen.

Die Zurverfügungstellung von Vereinsräumlichkeiten für ein Fanprojekt und deren regelmäßige Öffnung sind Grundvoraussetzungen einer veränderten Fanarbeit. Die Gestaltung eines at-

Fortsetzung auf Seite 2



HINTERGRUNDBERICHT

Fortsetzung von Seite 1

traktiven Programms im Fanprojekt könnte den Einfluss der Ultras zurückdrängen. Dazu gehören zum Beispiel regelmäßige Treffen mit der Mannschaft, den Trainern und Vereinsfunktionären. Der Verein muss sich zu seinem Fanprojekt bekennen und dieses Angebot nur in seinen Vereinsräumlichkeiten durchführen. Dieses sichert Exklusivität und Attraktivität und erleichtert die Arbeit der Fanbetreuer.

Die sich so neu ausgerichtete Fanarbeit ist durch den Verein auch zu schützen. Es muss davon ausgegangen werden, dass die gewaltbereiten Ultras diese Ent-

wicklung nicht ohne Widerstand hinnehmen werden. Ein ständiges klares Bekenntnis zur Neuausrichtung der Fanarbeit ist ein absolutes Erfordernis.

Die Intensivierung und Unterstützung von Vereinsfreundschaften sollte ebenfalls ein Ziel der Fanarbeit sein. Dieses dient in dem Abbau von Vorurteilen und Feindbildern. Auf dem Gebiet der sozialen Projekte gibt es zahlreiche Erfahrungen. Die Vereine sollten diese beim Aufbau neuer Fanprojekte nutzen und prüfen, ob Synergien mit anderen, schon bestehenden Projekten möglich sind.

Die Situation der Polizei

Die Polizei verzeichnet in den letzten Jahren eine immer größere Radikalisierung der Ultraszene. Die Zunahme der Gewaltbereitschaft ist nicht nur in und außerhalb der Stadien zu verzeichnen, sondern insbesondere auf den Anreisewegen. Hundertschaften von Einsatzkräften versehen Woche für Woche ihren Dienst, um einen ordnungsgemäßen Spielbetrieb der Fußballligen abzusichern. Die steigende Abschottung der gewaltbereiten Ultras stellt ein zunehmendes Problem für die Polizei dar. Das jahrelang bewährte System der Szenekundigen Beamten (SKB) greift in der Ultraszene nur unzureichend. Dadurch laufen polizeiliche Aufklärungsmaßnahmen zunehmend ins Leere und zielgenaue Einsatzplanungen sind kaum möglich. Es ist zu erwarten, dass durch das konspirative Verhalten der gewaltbereiten Ultraszene die polizeiliche Erkenntnislage nicht verbessert wird.

Die Einsatzdurchführung in den Stadien ist mittlerweile dadurch gekennzeichnet, dass die Blockbereiche der Ultras nur noch im Notfall durch Polizei und Ordnungsdienst betreten werden. Bei Einsatzmaßnahmen der Polizei tritt sofort eine große gewaltbereite Masse der Polizei gegenüber, um die Maßnahmen zu verhindern. Somit ist jedes Eingreifen im Ultrablock mit einem hohen Risiko für die Einsatzkräfte verbunden und muss genau abgewogen sein.

Das Phänomen der Erstürmung der Einlassbereiche hat in der letzten Zeit deutlich zugenommen. Dabei wird der Druck auf die Eingangsbereiche der Stadien bewusst durch eine größere Anzahl von Ultras derart erhöht, dass der Ordnungsdienst und die Polizei die Kontrollen aus Sicherheitsgründen einstellen müssen, weil die Gefahr des Erdrückens von Personen gegeben ist. Diese Taktik hat das Ziel, Personen mit Stadionverbot

und mit Pyrotechnik in das Stadion hineinzubekommen.

Aufgrund dieser Aktionen waren in Rostock am 19. 11. 2011 beim Spiel des F.C. Hansa Rostock gegen den F.C. St. Pauli fünf verletzte Ordner und am 25. 11. 2011 beim Spiel des F.C. Hansa Rostock gegen den 1. F.C. Union Berlin drei verletzte Ordner zu beklagen.



Die Rolle des DFB und der Fußballverbände

Die Ultraproblematik wirkt sich auch in den unteren Ligen aus. Neben dem Abbrennen von Pyrotechnik ist auch eine Zunahme der Gewaltbereitschaft zu verzeichnen. Das Phänomen der Verharmlosung von Pyrotechnik kommt hierbei den Ultras zugute. Häufig wird das Abbrennen von Pyrotechnik in den Spielberichten nicht vermerkt, da der Schiedsrichter das Problem nicht ernst nimmt bzw. den gastgebenden Verein vor einer Strafe schützen will.

Durch die Verbände sind die Vereine verstärkt auf ihre Rolle als Veranstalter mit den entsprechenden Rechten und Pflichten hinzuweisen. Dafür sind Hilfsangebote und Schulungen erforderlich.

Die in der Regel ehrenamtlich geführten Vereine sind mit dieser Situation allein überfordert und bedürfen der Hilfe der Verbände. Ein abgestimmtes Schulungsprogramm des DFB, verpflichtend für alle Regional- und Landesverbände, wäre wünschenswert.

Die Einführung von Ordnerschulungen für die unteren Ligen wäre ebenfalls förderlich, um das Abbrennen von Pyrotechnik zu verhindern und die Gewalt einzudämmen. Die Schaffung von Rechtssicherheit bei den eingesetzten ehrenamtlichen Ordnern der Vereine ist eine Voraussetzung für einen ordnungsgemäßen Spielbetrieb in den unteren Ligen. Neben den Rechten und Pflichten eines Ordners sollte der Umgang mit brennender Pyrotechnik geschult und über das Phänomen „Ultra“ aufgeklärt werden.

REDAKTIONSSCHLUSS

Redaktionsschluss für die Ausgabe April 2012 DEUTSCHE POLIZEI, Landesjournal M-V, ist der 7. 3. 2012. Die Redaktion behält sich das Recht der auszugswweisen Wiedergabe von Leserschriften vor. Dieser Inhalt muss nicht in jedem Fall mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Garantie übernommen. Anonyme Zuschriften werden nicht veröffentlicht.



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe:
Landesbezirk Mecklenburg-Vorpommern

Geschäftsstelle:
Platz der Jugend 6
19053 Schwerin
Telefon: (03 85) 20 84 18-10
Telefax: (03 85) 20 84 18-11

Redaktion:
Verantwortlicher Redakteur
für das Landesjournal
Mecklenburg-Vorpommern
Marco Bialecki
Telefon: (03 85) 20 84 18-10

Post bitte an die
Landesgeschäftsstelle (s. oben)

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigentel:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 33
vom 1. Januar 2011.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0949-2798



Das Ultraproblem ist nicht allein durch Vereine zu lösen

Vor dem Hintergrund der nichtöffentlichen Anhörung des F.C. Hansa Rostock zum Thema „Gewalttätige Ausschreitungen beim Zweitliga-Fußballspiel des F.C. Hansa Rostock gegen den F.C. St. Pauli am 19. November 2011“ stellte der Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP) Michael Silkeit am 19. Januar 2012 fest: „Das Ultraproblem ist nicht alleine durch die Vereine, die Polizei, die Politik, die Verbände oder die Medien zu lösen.“

Zur Unterstützung der Vereine werden Vereins- und Ordnerschulungen seit 2010 im Landesfußballverband M-V angeboten und durchgeführt. In den Regional- und Landesverbänden sollten einheitliche Sicherheitsrichtlinien gelten, um einen nach einheitlichen Standards ablaufenden Spielbetrieb zu sichern. Das trifft ebenfalls auf die Vereinheitlichung von Stadionverbotsrichtlinien zu.

Probleme im Bereich der Ordnung und Sicherheit sind in allen Regional- und Landesverbänden vorhanden. Deshalb ist es nicht nachvollziehbar, dass dieser Problematik nach wie vor zu wenig Aufmerksamkeit gewidmet wird. Die Einrichtung einer Arbeitsgruppe Sicherheit und Prävention auf Regional- und Landesebene sollte zwingende Vorgabe werden. An fehlenden finanziellen Ressourcen in den Verbänden kann es nicht liegen. Hier muss die Frage erlaubt sein, ob eine finanziell sehr stark ausgeprägte Schiedsrichterbeobachtung zugunsten der Verbesserung der Sicherheitsstandards etwas zurücktreten sollte.

Die verstärkte Federführung des DFB ist in diesem Problembereich wünschenswert. Der Rückzug auf die Verantwortlichkeiten für die Ligen eins bis drei wäre im Sinne der Sache nicht hilfreich.

Resümee:

Das Ultraproblem ist nicht alleine durch die Vereine, die Polizei, die Politik, die Verbände oder die Medien zu lösen. Alle müssen in ihren Bereichen Verantwortung übernehmen, die Probleme analysieren und im Rahmen ihrer Zuständigkeiten und Möglichkeiten Maßnahmen gegen die zunehmende Gewalt ergreifen. Das Verweisen auf die gesamtgesellschaftliche Problematik hilft hier nicht weiter.

Nur ein Zusammenwirken aller Beteiligten ermöglicht es, den Einfluss der gewaltbereiten Ultras zurückzudrängen und den Spielbetrieb wieder sicherer zu machen.

Olaf Kühl



Alle müssen in ihren Bereichen Verantwortung übernehmen, die Probleme analysieren und im Rahmen ihrer Zuständigkeiten und Möglichkeiten Maßnahmen gegen die zunehmende Gewalt ergreifen. Das Verweisen auf die gesamtgesellschaftliche Problematik hilft hier nicht weiter. Nur ein Zusammenwirken aller Beteiligten ermöglicht es, den Einfluss der gewaltbereiten Ultras zurückzudrängen und den Spielbetrieb wieder sicherer zu machen.“

Silkeit weiter: „Zurzeit gibt es mindestens drei leidtragende Parteien, einerseits die Kolleginnen und Kollegen, die sich einer immer größeren Radikalisierung der Ultraszene und insgesamt der Zunahme der Gewaltbereitschaft nicht nur in und außerhalb der Stadien gegenübersehen, sondern insbesondere auch auf den Anreisewegen. Auf der anderen Seite stehen die Vereine, die durch häufige Strafzahlungen an den DFB, Teilausschlüsse von Zuschauern, Geisterspiele sowie dem Rückzug von Sponsoren erheblich in ih-

rer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit beeinträchtigt werden. Letztendlich leiden aber auch alle engagierten Fans, weil dann immer weniger Mittel für ambitionierte Fanarbeit oder Kinder- und Jugendprävention zur Verfügung stehen.“

Nach Ansicht der Gewerkschaft der Polizei gehört der Umgang mit im höchsten Maße gewaltbereiten Fans erneut auf den Prüfstand, wo Prävention versagt, muss Repression erfolgen.

Aber auch die Leitlinien des DFB zum Aussprechen von Stadionverboten muss überprüft werden. Letztendlich müssen auch bauliche Veränderungen erfolgen, die ein „Überrennen“ der Ordnungskräfte ausschließt. Eine klare Absage erteilt die GdP dem Einsatz von Pyrotechnik. „Die Anwendung von Pyrotechnik gegen Menschen und damit als Waffe hat nach unserer Auffassung nichts mit Fankultur zu tun“, so Silkeit weiter. Die GdP M-V begrüßt nochmals die Bildung einer Task Force und verspricht sich kurzfristige Ergebnisse. **Der Landesvorstand**

GdP M-V begrüßt Arbeitsgruppe „Gesichtsscanner“

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) Mecklenburg-Vorpommern begrüßt den Vorschlag von Innenminister Lorenz Caffier, eine Arbeitsgruppe einzusetzen, um die technischen und rechtlichen Möglichkeiten des Einsatzes von sogenannten Gesichtsscannern zur Durchsetzung von Stadionverboten zu prüfen.

Der Landesvorsitzende der GdP, Michael Silkeit, stellte dazu fest: „Wir haben nun einmal ein erhebliches Problem mit Gewalttätern in Stadien. Der Hilferuf des F.C. Hansa aus dem vergangenen Jahr beweist uns, dass die Vereine allein nicht mehr in der Lage sind, diesem Problem Herr zu werden. Da auch die Politik in

Bund und Länder nicht die Universallösung zur Hand hat, ist es durchaus legitim, wenn alle Beteiligten in alle Richtungen nachdenken.“ Für die Gewerkschaft der Polizei Mecklenburg-Vorpommern ist derzeit weniger eine rechtliche, denn eher eine tatsächliche Hürde erkennbar. So ist nach Ansicht der GdP der Einsatz biometrischer Geräte mit Kennzeichenerkennung auf den Autobahnen vergleichbar, gegen die keine verfassungsrechtlichen Bedenken bestehen.

„Das tatsächliche Problem dürfte zur Zeit eher im Bereich der fehlenden biometrischen Datenbasis liegen“, so Silkeit weiter. **Der Landesvorstand**



Blaulichtfete 2011 brachte Spende für die hungernden Kinder von Schwerin

Einige Tage ist es her, dass wir in Rostock den LT-Club gerockt haben. Die von der JUNGEN GRUPPE organisierten sechs Busse aus allen Landesteilen chauffierten so viele Kollegen/-innen, dass ein neuer Besucherrekord aufgestellt wurde.

Schon um 22.30 Uhr war die Tanzfläche so gut gefüllt wie lange nicht auf der traditionellen Fete.

Tanzen und die vielen Gespräche machten auch durstig und so füllte sich die Kasse an der Bar.

Sehr zur Freude der diesjährigen Spendenaktion. Ganze 500 € konnten an den Geschäftsführer der Kindertafel e.V. in Schwerin, Herrn Grosch, übergeben werden (siehe Foto).

Damit unterstützt die JUNGE GRUPPE drei Essenausgaben an Kinder in der Landeshauptstadt, eine mobile Essenküche für den Umkreis sowie die Freizeitbetreuung der Kinder im Stadtteil Dreesch.

Seit 2005 sind Herr Grosch und sein Team ehrenamtlich für die hungernden Kinder der Landeshauptstadt und der Umgebung im Dienst.



Die Presse berichtet immer wieder darüber, dass die Kinderarmut in M-V groß ist, und die Beschwichtigungen der Politik über einen Rückgang der Problematik entsprechen nicht der Realität.

Denn Armut ist nicht an finanziellen Mitteln zu messen, sondern vielmehr an der sozialen Stellung und Perspektive innerhalb der Gesellschaft festzumachen.

Wir danken allen Unterstützern der Aktion und freuen uns schon auf die nächste Blaulichtfete mit EUCH allen.

Kristin Frosch

LFBV „TARIF“

Antragsfrist EGO

Zu der Antragsfrist ist nochmals darauf hinzuweisen, dass ein innerhalb der Jahresfrist (also grundsätzlich bis zum 31. Dezember 2012) gestellter Antrag immer materiell auf den 1. Januar 2012 zurückwirkt.

Die Geltendmachungsfrist des § 37 TV-L (Ausschlussfrist) kommt erst dann zum Tragen, wenn nach erfolgter Antragstellung der Arbeitgeber nicht entsprechend zahlt.

Beispiel:

Der Antrag wird am 5. November 2012 gestellt. Er löst – völlig unabhängig von § 37 TV-L – Zahlungsansprüche ab 1. Januar 2012 aus. Sie sind am 30. November 2012 fällig (§ 24 Abs. 1 Satz TV-L).

Zahlt der Arbeitgeber nicht, müssen die Ansprüche für Januar bis November 2012 bis zum 31. Mai 2013 schriftlich beim Arbeitgeber geltend gemacht werden; Ansprüche aus Dezember 2012 bis zum 30. Juni 2013 usw.

Also Ruhe bewahren und erst beraten lassen!!!!

Marco Bialecki

Landesfachbereichsvorstand „Tarif“

TAGUNG FÜR WEB-REDAKTEURE 2012

Neuerungen und einheitliches Erscheinungsbild auf der GdP-Homepage

Vom 30. 1. bis 1. 2. 2012 trafen sich die GdP-Webredakteure aller Landesbezirke zu einem Erfahrungsaustausch und zur Fortbildung in Fulda.



Ob es die Serviceseiten der Bundes-GdP im geschlossenen Mitgliederbereich sind oder auch die zahlreichen Informationen im offenen Bereich, die GdP-Seiten werden gut besucht. Auch Neuerungen, wie die GdP-App, wurden als zusätzlicher Service gut angenommen. Für Mecklenburg-Vorpommern nahmen unsere Webredakteure Marco Bialecki und Siegmund Brandt, beide vom Geschäftsführenden Landesvorstand, teil.



Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Eine Überschrift, wie sie in den letzten Monaten immer häufiger in vielen Medien zu lesen ist, was die Wichtigkeit der Thematik erkennen lässt. Wie in vorhergehenden Ausgaben der DP bereits berichtet, haben wir uns auf der Landesfrauenvorstandssitzung in Gruppenarbeit auch diesem Thema gewidmet.

Mit dem Impulsreferat von Jörg Eilers aus Bremerhaven hatte die Arbeitsgruppe sogleich eine gute Diskussionsgrundlage. Bremerhaven ist seit nunmehr fast sieben Jahren durch die berufundfamilie Service GmbH als familienfreundlicher Betrieb zertifiziert und verfügt diesbezüglich über einen großen Erfahrungsschatz.

„Eine weise Humanität, in der Polizei wie überall, erwächst nur aus der Besinnung darauf, dass selbst die größten Gruppen aus Einzelnen bestehen, dass der Einzelne glücklich oder traurig sein kann und dass jedes leidende Individuum ein Zeuge für das Versagen menschlicher Weisheit und allgemeiner Menschlichkeit ist (Bertrand Russel).“ Daraus resultierend wurde in Bremerhaven ein Ko-

dex vereinbart, an den sich alle Mitarbeiter und Führungskräfte zu halten haben. Bei der Arbeitszeit gilt der Toyota-Grundsatz: „Nichts ist unmöglich“; generell gilt: Familie hat Vorrang. Da früher oder später jeder Mitarbeiter betroffen ist, sei es durch Zuwachs in der Familie, durch einen plötzlich eintretenden Pflegefall oder andere private Probleme, hat der Neid untereinander auch merklich nachgelassen, so Herr Eilers. Ein wichtiger Schritt dabei war die Sensibilisierung der Führungskräfte.

In Bremerhaven werden regelmäßig Familientage durchgeführt, für fünf Wochen im Jahr wird eine Ferienbetreuung angeboten. Auch bei Ad-hoc-Einsätzen ist für die Betreuung von Kindern gesorgt, so dass die EinsatzbeamtInnen

sorgloser und konzentrierter in den Einsatz gehen können. Es wurden Spielzimmer eingerichtet, und es besteht die Möglichkeit der alternierenden Telearbeit. Das sind nur einige Auszüge aus dem familienfreundlichen Programm. In der Arbeitsgruppe galt es nun, Entschlüsse zu fassen, wie auch hier in Mecklenburg-Vorpommern Polizeidienststellen familienfreundlicher gestaltet werden können.

So wollen wir für die Zukunft ein „Outdoor-Camp“ in Angriff nehmen. Außerdem soll ein Maßnahmenkatalog erarbeitet werden, welcher dann zum Landesdelegiertentag 2013 als Antrag eingebracht werden soll. Mit weiteren Ideen oder Vorschlägen könnt ihr euch gern an eure Frauenbeauftragten oder an uns wenden. **Christina Lindequist**

TREFFEN MIT STUDENTISCHEN VERTRETERN

Kritik der Studenten muss endlich ernst genommen werden!

„Die Kritik der Studentinnen und Studenten des Fachbereichs Polizei an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Polizei und Rechtspflege muss endlich ernst genommen werden!“, so der Landesvorsitzende, Michael Silkeit, am 12. Januar 2012 anlässlich eines Treffens mit studentischen Vertretern in Güstrow.

Das Gespräch des Geschäftsführenden Landesvorstandes (GLV) und des Geschäftsführenden Landesjugendvorstandes mit den Vertreterinnen und Vertretern der Seminargruppen war notwendig geworden, weil in jüngster Zeit wieder zunehmend Kritik der Studenten am Studienbetrieb an die GdP und an die Personalvertretungen in der Landespolizei herangetragen worden war.

Bekanntestes Beispiel war wohl die Eigenfinanzierung der Auslandspraktika durch die Studenten, die von der GdP im vergangenen Jahr verhindert wurde.

Silkeit weiter: „Es kann nicht sein, dass wir jedes Jahr Mängel diskutieren, die wir bereits lange abgestellt glaubten. Ob unnötige Erhöhung des Leistungsdrucks, organisatorische Defizite, oder, oder. Wir haben diese Probleme schon hundertmal diskutiert. Besonders bedenklich

ist es aber, wenn Studentenvertreter resignieren, weil sie das Gefühl haben, dass ihre Probleme ihren Dienstvorgesetzten letztendlich egal sind.“ So ist zum Beispiel die Bekanntgabe des Stundenplans seit Jahren ein ständig wiederkehrendes Ärgernis. Polizeistudenten können schon froh sein, wenn sie ihren Stundenplan eine Woche im Voraus bekommen, wohingegen die Studenten der allgemeinen Verwaltung mindestens eine einmonatige Vorbereitungszeit haben (!!).

Der GLV wird nunmehr die neuerliche Kritik zum Anlass nehmen, um kurzfristig Innenminister Caffier für die Problematik zu sensibilisieren. Ein Gespräch mit dem GdP-Innenminister scheint auch deshalb notwendig zu werden, weil sich erneut die Hinweise mehren, dass auch in diesem Jahr für Auslandspraktika zur Kasse gebeten werden soll. Zwi-

schenszeitlich empfehlen wir allen Kolleginnen und Kollegen an der Fachhochschule, die Probleme nicht auf die „lange Bank“ zu schieben, sondern auf dem kurzen Weg den örtlichen Personalrat oder die Gewerkschaft der Polizei unter gdpmv@gdp-online.de oder 03 85-20 84 18 10 zu kontaktieren. Der Landesjugendvorstand führt seine nächste Sitzung am **14. März in der Gästemensa ab 17.30 Uhr** durch und ist dann für jede Kollegin und jeden Kollegen zu erreichen.

Lösung: In einem Schreiben – vom 2. Februar 2012 – an die GdP teilt Innenstaatssekretär Thomas Lenz mit, dass es bei der bereits 2011 mit der GdP getroffenen Regelung bleibt (!), dass die Transportkosten für Auslandspraktika durch den Dienstherrn getragen werden. Nähere Informationen **im geschlossenen Mitgliederbereich der GdP M-V.**



Wie weiter mit der Seniorenarbeit in der GdP?

Der Geschäftsführende und der Landesseniorengruppenvorstand fand sich am 18./19. Januar 2012 erstmalig in diesem Jahr zusammen. Waren, die Stadt an der Müritz, war Ziel der Seniorenvertreter der GdP M-V. Der Vorsitzende Bernd Voß berichtete u. a. über das Treffen der GdP-Vertreter der norddeutschen Bundesländer vom 24. bis 25. Oktober 2011 in Cambs.

Dieses Treffen fand erstmals in unserem Bundesland statt. Aus den Gesprächen ergab sich, dass die Probleme der Senioren länderübergreifend die gleichen sind: Wie gestaltet man durchgängig eine aktive Kreisgruppenarbeit? Welche Neuerungen gibt es in der Versorgung? Wie pflegt man die Kontakte zu den noch dienstaktiven GdP-Mitgliedern? Bernd Voß und weitere Tagungsteilnehmer aus M-V haben festgestellt, dass unsere Seniorenarbeit im Vergleich zu den um einiges länger bestehenden Strukturen in den alten Bundesländern einen guten Stand erreicht hat. Wir in M-V brauchen uns also nicht zu verstecken. Die Seniorenarbeit muss sich weiter an den Bedürfnissen unserer Mitglieder orientieren, auch wenn diese nicht immer leicht unter einen Hut zu bekommen sind. Nach den Erfahrungen der Kreisgruppenvorsitzenden und der Seniorenvertreter finden besonders das gemeinsame Erleben, nette Gespräche bei Fahrten oder Veranstaltungen Zustimmung bei allen. Gut angenommen werden auch immer wieder Ausflüge zum Kennenlernen von Land und Leuten. Gewünscht werden weiter-

hin Informationsveranstaltungen u. a. zu den aktuellen Regelungen in den Bereichen Versorgung und Beihilfe. Themen rund um das Betreuungsrecht sowie die Patientenverfügung stehen ebenfalls bei einigen Kreisgruppen auf der Wunschliste. Eine interessante und abwechslungsreiche Seniorenarbeit ist in den meisten Kreisgruppen an der Tagesordnung. Jedoch auch hier – keine Regel ohne Ausnahme. Die eine oder andere Kreisgruppe hat den sonst üblichen Stand noch nicht erreicht. Hier beabsichtigt der Geschäftsführende Landesgruppenseniorenvorstand, die entsprechenden Kreisgruppen mit ins Boot zu holen, damit diese Seniorenvertreter benennen können und somit an den positiven Erfahrungen der anderen teilhaben können. Im Rahmen der Tagung war auch ein gewerkschaftlicher Situationsbericht vom Vorsitzenden Michael Silkeit geplant. Dieser Tagesordnungspunkt musste leider gestrichen werden. Interessant war für uns, dass die GdP-Senioren, so die aktuellen Zahlen, mehr als zehn Prozent der GdP-Mitglieder im Land präsentieren. In den kommenden Jahren wird die Zahl der



GdP-Mitglieder, die aus dem aktiven Dienst in den Ruhestand wechseln, weiter ansteigen. Ein guter Grund, die bisherigen regen Kontakte und die gute Zusammenarbeit zwischen Landesvorstand und den Senioren nicht abreißen zu lassen. Zu guter Letzt ein herzliches Dankeschön an den Leiter des Polizeihauptreviers Waren, EPHK Jens Fischler, und seinen „Mannen“, die uns die Tagungsräumlichkeit freundlicherweise zur Verfügung gestellt haben. **Peter Anders**

Stellentausch

POM der WSP aus Lübeck-Travemünde (Hafensicherheitsdienst) sucht aus familiären Gründen Tauschpartnerin/Tauschpartner aus M-V für Direkt-/Ringtausch.

**Mathias Niklas,
Tel.-Nr. 01 76/55 33 01 58**
Hinweis:

Mit einer komfortablen Online-Stellentauschbörse hat die Gewerkschaft der Polizei ihren Mitglieder-Service im GdP-Web-Portal erweitert. Über die GdP-Stellentauschbörse können unsere Mitglieder bundesweit Stellentauschwünsche und -angebote unkompliziert, schnell und kostenlos veröffentlichen.

Internationaler Frauentag

„Das Weib ist nicht schwach. Es gibt starke Seelen in dem Geschlecht.“
(Quelle: Friedrich Schiller)

In diesem Sinne übermitteln wir allen Frauen herzliche Glückwünsche zum Frauentag. Wir wünschen euch einen schönen Tag und viel Erfolg bei der Verwirklichung eurer individuellen Ziele privater oder auch dienstlicher Natur und freuen uns auf eine weiterhin gute Zusammenarbeit.

**Euer
Geschäftsführender
Landesfrauenvorstand**



Häusliche Gewalt in gleichgeschlechtlichen Beziehungen

Die Verfasser setzen sich am Beispiel des Landes Mecklenburg-Vorpommern mit der Fragestellung auseinander, ob und welche Unterschiede es in Fällen häuslicher Gewalt in gleichgeschlechtlichen Beziehungen im Verhältnis zu denen in heterosexuellen Partnerschaften gibt.

Obwohl sich die Gesellschaft inzwischen zunehmend mit der Problematik häuslicher Gewalt beschäftigt, betrachtet sie dabei in der Regel nur heterosexuelle Partnerschaften. Die Frage nach gewalttätigen Übergriffen in gleichgeschlechtlichen Beziehungen bleibt häufig unberücksichtigt. Dies kann daran liegen, dass auf das Tabuthema Gewalt in Partnerschaften ein weiteres gesellschaftlich tabuisiertes Themengebiet – die Homosexualität – trifft und damit quasi ein „Doppeltabu“ – unabhängig von den einzelnen Fortschritten auf dem jeweiligen Gebiet – geschaffen wurde. Ob dieses wirklich existent ist und ob sich Gewalt in gleichgeschlechtlichen Partnerschaften in der Häufigkeit von heterosexuellen Beziehungen unterscheidet, galt es daher zu untersuchen. Aus diesem Grund wurde im Rahmen einer Bachelorarbeit am Fachbereich Polizei der FHöVPR eine Online-Befragung durchgeführt, bei der ein Fragebogen auf eine eigens dafür angelegte Homepage gestellt wurde.

Ergebnisse der Befragung

In gleichgeschlechtlichen Beziehungen kommen Gewalttätigkeiten in etwa ebenso häufig vor wie in heterosexuellen Partnerschaften.

Ein wesentliches Ergebnis der durchgeführten Untersuchung war, dass fast jede fünfte teilnehmende Person schon einmal Opfer von häuslicher Gewalt geworden war. Untersuchungen zur Häufigkeit von häuslicher Gewalt in heterosexuellen Beziehungen kommen zu ähnlichen Ergebnissen. So wird hier ca. jede vierte bis fünfte Frau Opfer derartiger Gewalt. Vergleicht man diese Häufigkeitszahlen mit denen der Online-Befragung, so lässt sich feststellen, dass zwischen dem prozentualen Anteil der Opfer in heterosexuellen und gleichgeschlechtlichen Partnerschaften keine deutliche Abweichung erkennbar ist. 18% aller männlichen und 25% aller weiblichen Befragten in gleichgeschlechtlichen Beziehungen berichteten über eigene Gewalterfahrungen. Zu-

dem waren 71% der Teilnehmenden mehr als einmal Opfer von Gewalt geworden. Bei der Auswertung der Ergebnisse konnte ebenfalls festgestellt werden, dass 30% der Opfer in mehr als einer ihrer Beziehungen Gewalterfahrungen gemacht hatten.

Es gibt eine erhebliche Differenz zwischen den angezeigten Fällen und dem Dunkelfeld.

Weiterhin deutlich wurde eine hohe Differenz zwischen den angezeigten Fällen und den hier genannten Fallzahlen. Denn obwohl deutlich wird, dass die Häufigkeit von Gewalttätigkeiten in gleichgeschlechtlichen Beziehungen in etwa genauso hoch ist wie in heterosexuellen Beziehungen, sind den Interventionsstellen des Landes gerade einmal fünf Fälle aus den letzten drei Jahren bekannt geworden. Die durchgeführte Befragung konnte dieses Ergebnis bestätigen. 71% der Opfer blieben mit den gemachten Erfahrungen komplett alleine und vertrauten sich niemandem an.

Die Ursachen für diese Problematik dabei sind vielschichtig. Zunächst fallen allgemeine Gründe ins Gewicht, wie die Angst vor einer erneuten Eskalation der Gewalt (starke Schuldgefühle) oder das Machtungleichgewicht in der Beziehung. Allerdings muss darüber hinaus auch die Besonderheit der Homophobie innerhalb der Gesellschaft Erwähnung finden, die oft eine Anzeige der Gewalt verhindert, weil damit ein öffentliches Bekennen (Zwangsoouting) zu einer homosexuellen Lebensweise verbunden ist. Verstärkende Faktoren für die Zurückhaltung beim Anzeigeverhalten sind auch unzureichende Unterstützung aus dem Familien- und Freundeskreis, aber auch eine homosexuelle Gemeinschaft, die anscheinend wenig bereit zu sein scheint, sich dieser Thematik zu öffnen.

Wesentliche Maßnahmen

Aus den gewonnenen Erkenntnissen ergibt sich die Notwendigkeit, dass alle im Opferschutz tätigen Behörden und

Institutionen diese Problematik erkennen, aufgreifen, bestehende Strukturen hinterfragen und daran orientiert handeln. Homosexuelle Opfer bedürfen einer sensibleren Unterstützung. Gewöhnlich bitten sie erst erheblich später um Hilfe als Opfer aus heterosexuellen Beziehungen. Aus diesem Grunde sind sie in mehrfacher Hinsicht gefährdeter als andere. Sie benötigen einen aufgeschlossenen gesellschaftlichen Rahmen, um ihre Traumata verarbeiten zu können.

Auf der anderen Seite müssen homosexuelle Täter und Täterinnen wie heterosexuelle auch angezeigt werden, damit sie die volle Verantwortung für ihr Handeln übernehmen.

Eine Konsequenz muss es daher sein, Fachpersonal aus Polizei, Sozialdiensten, Justiz und dem Schulwesen auf diese Thematik aufmerksam zu machen und hierfür zu sensibilisieren.

Aus Sicht der Verfasser ergeben sich daher nachfolgend angeführte Maßnahmen:

- Zielgruppenspezifische Öffentlichkeitsarbeit
- Fortbildungen und Fachtagungen zur Erhöhung des Fachwissens der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in Beratungsstellen und Polizeidienststellen
- Beratung durch homosexuelle Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in Beratungsstellen
- Anzeigenaufnahme u. -bearbeitung nach Möglichkeit durch offen lebende homosexuelle Polizeibeamte und Polizeibeamtinnen als feste Ansprechpartner/-innen in den Dienststellen
- Für Polizeibeamte und Polizeibeamtinnen, die bei einem Einsatz mit häuslicher Gewalt in homosexuellen Partnerschaften konfrontiert werden, darf die sexuelle Ausrichtung der Betroffenen keinen Einfluss auf die zu treffenden Maßnahmen haben. Jedem Polizeibeamten und jeder Polizeibeamtin sollte bewusst sein, dass die Hemmschwelle, den Notruf zu wählen, bei gleichgeschlechtlichen Opfern in der Regel besonders hoch ist

Fortsetzung auf Seite 8



Fortsetzung von Seite 7

und dass es sich in der Regel daher um eine besonders schwerwiegende Notlage handelt. Dies erfordert eine besonders professionelle Vorgehensweise und sehr viel eher die Ausschöpfung der zur Verfügung stehenden polizeilichen Maßnahmen (wie Wohnungswegweisung und Betretungsverbot gemäß § 52 Absatz 2 SOG pp.).

Schlussbemerkung

Häusliche Gewalt in gleichgeschlechtlichen Beziehungen tritt im gleichen Ausmaß auf wie in heterosexuellen Beziehungen, und somit weitaus häufiger, als es bisherige Annahmen vermuten ließen. Hieraus ergibt sich zugleich die erschreckende Deutlichkeit eines enorm großen Dunkelfeldes, dem entgegengewirkt werden muss. In der Bevölkerung sollten Toleranz und Liberalität gegenüber Homosexuellen gefördert werden und homophobe Sichtweisen abgebaut werden. Nur wenn konsequente und nachhaltige Maßnahmen zur Prävention und Intervention ergriffen werden, könnte eine höhere Bereitschaft der Opfer für die Inanspruchnahme von Beratung und Unterstützung erreicht werden. Weiterhin wäre es wünschenswert, dass lesbische und schwule Opfer, die von dieser Untersuchung erfahren, ihr Schweigen brechen und sich öffnen würden.

1 vgl. *Godenzi, Alberto, Gewalt im sozialen Nahraum, 1. Auflage, Helbing & Lichtenhahn, Basel/Frankfurt am Main, 1993, S. 250/251*

2 vgl. *Interventionsprojekt CORA, Contra Gewalt gegen Frauen und Mädchen in Mecklenburg-Vorpommern, Online im Internet, URL: http://www.fhf-ros.tock.de/fileadmin/infopool/veroeffentlichungen/taetigkeitsberichte/Doku_Modellprojekt_CORA_98-01.pdf, übernommen am 25. 2. 2011, S. 17*

3 vgl. *Scheibling, Martina, Gewalt in lesbischen Beziehungen, Hochschule für Soziale Arbeit Zürich(Hrsg.), 2005, Online im Internet, URL: http://www.los.ch/images/news/files/1386/Gewalt_in_lesbischen_Beziehungen.pdf, übernommen am 22. 11. 2010, S. 42*

4 vgl. *ebd., S. 41*

T. Hinz

Gratulation an unsere „runden“ Geburtstagskinder

Die Kreisgruppe der Gewerkschaft der Polizei im LBPA M-V/LPBK gratuliert ihren Mitgliedern, die im I. Quartal 2012 ihren Geburtstag feiern können, insbesondere denjenigen, die eine „Null“ oder „Fünf“ zu feiern haben. Von dieser Stelle aus wünschen wir unseren Jubilaren zu ihrem Ehrentag beste Gesundheit sowie für die Zukunft viel Erfolg im Beruf sowie im Privaten.

Martin Schulz aus der TEE am 6. 1. – **Uwe Leu** aus der TEE am 10. 1. – **Marcus Reppenhagen** aus der 1. Einsatzhundertschaft am 11. 1. – **Jan Kadow** am 11. 1. – **Jenny Schwarz** aus der 2. Einsatzhundertschaft am 12. 1. – **Nicole Baier** aus der 2. Einsatzhundertschaft am 15. 1. – **Tino Gerigk** am 20. 1. – **Manuel Bretz** aus der 1. Einsatzhundertschaft am 22. 1. – **Robby Luks** aus dem LPBK am 30. 1. – **Cornelia Storm** aus der 2. Einsatzhundertschaft am 1. 2. – **Jacob Hoffart** aus der Seniorengruppe am 4. 2. – **Tobias Hinz** aus der 2. Einsatzhundertschaft am 12. 2. – **Sakiko Nobuki** aus dem Landespolizeiorchester am 15. 2. – **Daniel Buchmann** am 18. 2. – **Wolfram Räthel** aus dem LPBK am 18. 2. – **Dirk Harry Müller** aus der 2. Einsatzhundertschaft am 22. 2. – **Rosemarie Gorlt** aus dem LPBK am 23. 2. –

Harald Stoll aus der TEE am 25. 2. – **Ivonne Naake** aus der 1. Einsatzhundertschaft am 6. 3. – **Marko Scholz** aus der 1. Einsatzhundertschaft am 9. 3. – **Michael Erhardt** am 9. 3. – **Klaus-Dieter Pohl** aus der Seniorengruppe am 12. 3. – **Sarah Hoffmann** am 17. 3. – **Jana Fester** aus dem LPBK am 17. 3. – **Jutta Meyer** aus der Seniorengruppe am 27. 3.

Ganz besonders gratuliert unsere Kreisgruppe der Gewerkschaft der Polizei **Reiner Prochnow** aus dem Führungstab, der am 1. 1. 2012 sein 40-jähriges Dienstjubiläum und **Hagen Domann** aus dem Landespolizeiorchester, der am 5. 2. 2012 sein 25-jähriges Dienstjubiläum beging.

Kreisgruppe der Gewerkschaft der Polizei in der BP M-V / LPBK

INTERNET – WWW.GDP.DE/MV

Newsletter bestellen



GdP Mecklenburg-Vorpommern garantiert auch, dass sie die E-Mail-Adressen nicht an Dritte weitergibt.

HINWEIS

Änderungsmitteilung

Solltet Ihr umgezogen sein – oder Eure Bankverbindung hat sich geändert bzw. Ihr habt eine neue Amtsbezeichnung erhalten, so meldet dies bitte der GdP-Landesgeschäftsstelle.

Gewerkschaft der Polizei (GdP) Landesbezirk M-V

Platz der Jugend 6, 19053 Schwerin oder:

– per Fax an: 03 85-20 84 18-11

– per E-Mail: GdPMV@gdp-online.de

